

Regelungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Abteiler: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend

8. August 1925

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2306-2307

Vergewaltigung durch den Zollblock.

Die Zollvorlage soll in wenigen Stunden durchgepeitscht werden. - Stürmischer Protest der Opposition.

Die heutige Sitzung des Reichstags wurde um 10,15 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Zollvorlage.

Von den Regierungsparteien ist dazu ein Antrag zur Geschäftsordnung eingegangen, wonach die Redezeit zur Zollvorlage bei der allgemeinen Aussprache eine Stunde, bei den Agrar- und Industriezweigen einschließlich der Tariffrage zwei Stunden und für alle weiteren Teile der Vorlage zusammen eine Stunde betragen soll.

Die Beratung dieses Antrages wird von der Linken mit stürmischen Entrüstungsrufen ausgenommen. Die Erregung, auf der Linken steigert sich noch als der Präsident mitteilt, daß in dieser Redezeit von insgesamt vier Stunden die ganze Zollvorlage die Begründung der Anträge eingeschlossen sein soll.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Es ist bezeichnend, daß niemand von den Antragstellern den Mut hat, diesen Antrag zu begründen, der in der Geschichte des Parlaments einzig dasteht. (Sturm. sehr richtig links.) Selbst bei den Zollkämpfen des Jahres 1902 hat die Mehrheit es nicht gewagt, eine Redezeit von vier Stunden anzusetzen. Meine Fraktion hat bis in die letzten Tage hinein bei den Aufwertungsgelegenheiten wie auch bei der Steuervorlage gezeigt, daß sie die Interessen der breiten Massen des Volkes sachlich und gründlich wahrnehmen will. Auch bei der Zollvorlage ist meine Partei bereit, in derselben sachlichen und gründlichen Beratung mitzuwirken. Ich verstehe es nicht, wie man in der zweiten Lesung, die doch dazu da ist, die Vorlage gründlich durchzuarbeiten, einen solchen Antrag einbringen kann. Welche Begründung haben Sie (nach rechts) dafür? In der Presse wurde das

Ferienbedürfnis der Herren von rechts

als Grund angegeben. Ich mache mir diesen Grund nicht zu eigen, ich glaube, daß die Mehrheit andere Gründe hat, um auf solche Weise die sachliche Arbeit der Opposition zu unterdrücken. Das ist nur aus den materiellen Interessen heraus zu verstehen, die sie an der Zollvorlage haben. (Stürmische Zustimmung links.) Das ist parlamentarische Korruption en gros! (Stürmischer Beifall links.) Sie können die Generaldebatte, die eine Stunde lang dauern soll, eröffnen, Sie können die Redezeit übertragen lassen, oder Sie können uns nicht sagen, daß wir uns fügen sollen. Wir haben das Recht der Geschäftsordnung und der Tradition auf unserer Seite. Die Sozialdemokratie wird dabei verfahren, daß die Behandlung dieser Vorlage sachlich erfolgt, sie wird sich mit allen Mitteln gegen die Durchföhrung dieses Antrages wehren. (Stürmischer Beifall links.)

Abg. Stöcker (Komm.) weist darauf hin, daß gestern im Aelternterrat die Regierungsparteien diesen Antrag nicht vorgebracht haben, sie haben also jetzt den Reichstag über-rumpelt. Das sei ein Hohn auf jede parlamentarische Beratung.

Abg. Stöcker (Komm.) weist darauf hin, daß gestern im Aelternterrat die Regierungsparteien, daß von einer Berücksichtigung der Geschäftsordnung durch diesen Antrag keine Rede sein könne. (Sturm. Widerspruch links.) Der Reichstag habe das Recht, eine Reihe von Bestimmungen zusammenzufassen. Von diesem Recht hätten die Regierungsparteien Gebrauch gemacht. Die Gegner dieses Antrages verwechselten das Plenum mit dem Ausschuss. Im Ausschuss sei sehr ausgiebig über die Zollvorlage gesprochen worden. Die Ausschussverhandlungen seien doch dazu da, um die Plenarverhandlungen zu erleichtern. In der vierstündigen Redezeit könnten die großen und allgemeinen Gesichtspunkte vorgebracht werden. (Sturm. Widerspruch links.) Das Plenum sei doch nicht dazu da, die Ausschussberatungen in allen Einzelheiten wiederzulangieren. (Großer Lärm auf der Linken, dem Redner wird „Freiheit“ zugerufen.) Wir halten deshalb an unserem Beschlusse fest.

Abg. Koch-Weser (Dem.):

Meine Fraktion hat bei den Aufwertungs- und Steuergesetzen den Willen gezeigt, sachlich zu diskutieren und jede Obstruktion zu vermeiden. Auch der Sozialdemokratie kann nicht der Vorwurf gemacht werden, daß sie zur Obstruktion übergegangen sei.

Am so empfindlicher muß ein Antrag beröhen, der sachliche Erörterungen unmöglich macht.

(Sehr richtig! links.) Die Bedenken, die gegen die Regierungsvorlage und die Ausschussberatungen bestehen, können nicht innerhalb der wenigen Stunden vorgebracht werden. Sie (nach rechts) können doch nicht auf die Ausschussberatungen verweisen, an der Sie sich doch gar nicht beteiligt haben. Eine gründliche Diskussion ist der Zweck aller parlamentarischen Auseinandersetzungen. Er hat gar nicht stattgefunden und nun wollen Sie die Diskussion wieder schließen lassen. Der Sinn der Geschäftsordnung ist nicht der, daß man bei der zweiten Lesung große Teile einer Vorlage zusammenfaßt, es sollen lediglich mehrere Einzelbestimmungen zusammengefaßt werden können. Der Redner warnt die Regierungsparteien in letzter Stunde, diesen gefährlichen Weg zu gehen. Deutschland habe in seiner gegenwärtigen Lage doch das Parlament als Ventil, um hier in sachlicher Beratung das Volk von den Gegensätzen zu befreien. Wenn Sie die sachliche Beratung verhindern, dann übernehmen Sie eine ungeheure Verantwortung. (Stürmischer Beifall links.)

Abg. Rosenfeld (Komm.) wirt den Rechtsparteien vor, sie wollten die Beratung nur verhindern, um ihren Raub in Sicherheit zu bringen.

Abg. Breitscheid (Soz.):

Der Abg. Scholz hat kein Recht, sich darauf zu berufen, daß die Geschäftsordnung formal gewahrt worden sei. Darüber streite ich nicht. Ich stelle nur fest, daß die Mehrheit entschlossen ist, in vier Stunden ein Gesetz zu beraten, das von der größten Bedeutung für das ganze deutsche Volk und für die Volkswirtschaft ist. Man kann sich auch nicht auf die Geschäftsordnung berufen, wenn man hier mit einer solchen Debatte

über Paragraphen von ungeheurer Bedeutung einfach zur Tagesordnung

hinweggehen will. Im Ausschuss haben die Regierungsparteien passive Resistenz geübt. Sie haben es nicht für nötig gehalten, den sachlichen Gründen der Opposition ihrerseits sachliche Gründe entgegenzusetzen. Niemand von uns verlangt eine Wiederholung der Ausschussberatungen. Auch wir haben gestern einen Vorschlag für eine Zusammenfassung von einzelnen Bestimmungen gemacht. Ich muß hervorheben, daß das Zentrum sich überhaupt keine Mühe gemacht hat, sich dazu zu äußern. Wir verlangen nur eine zweite Lesung, wie sie in diesem Hause üblich ist. Ich erinnere Sie daran, daß für die Aufwertungsdebatten und für die Steuerdebatten verhältnismäßig viel mehr Zeit verwendet worden ist, wie man sie hier für die Zollvorlage vorgesehen hat.

Wir haben ein Gesetz von acht Paragraphen. Sieben davon sollen mit einer Redezeit von einer Stunde erledigt werden. Und darunter befindet sich das Ermächtigungsgesetz, das das Parlament in der zukünftigen Zollgesetzgebung ausschaltet.

Wissen Sie nicht, daß es sich hier um eine Veränderung, eine Verletzung der Verfassung handelt? Wollen Sie trotzdem keine Möglichkeit einer sachlichen Aussprache geben? Wollen Sie das Gesetz gegen das Willkür im Lande protestieren, in dieser Weise erledigen? Wir haben es hier zu tun mit der

Diktatur der Entente der Rechtsparteien

unter Führung des Grafen Westarp. Wenn wir uns der Gewalt fügen müssen, so wird die Abrechnung nachher kommen.

Abg. Rosenberg (Komm.) weist darauf hin, daß die Regierungsparteien für die so wichtige Zollvorlage nicht mehr Zeit aufwenden wollen, wie sie für die Uniformfrage aufgewandt haben.

Abg. Jechrensack (Ztr.), wiederholt von lärmenden Jurufen unterbrochen, erklärt, er könne in die leidenschaftlichen Töne nicht einstimmen, die er nicht begreife. Er hebt besonders hervor, daß es physisch unmöglich sei, den Reichstagspräsidenten längere Zeit hindurch zusammenzubalten. An irgendeiner Veränderung im Plenum sei nicht mehr zu denken.

Stöcker (Komm.) beantragt, die Sitzung um eine Stunde auszusetzen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu dem Antrag der Regierungsparteien Stellung zu nehmen.

Bei der Abstimmung erheben sich für diesen Antrag nur die Sozialdemokraten, die Demokraten und die Kommunisten. Die gesamte Rechte vom Zentrum ab stimmt dagegen. Das Ergebnis wird von den Linksparteien mit stürmischen Zurufen angenommen, die die Rechte mit betretenem Schweigen oder verlegenem Lächeln beantwortet. Der Gewaltakt ist also vollzogen.

Reichstanzler Luther

erhält das Wort zur Begründung der Vorlage der Reichsregierung. Auch er wird von den Kommunisten fortgesetzt durch erregte Zurufe am Sprechen gehindert, bis mehrere Ordnungsrufe und Verwarungen des Präsidenten ihm Redefreiheit verschaffen.

Luther führt, wiederholt durch laute Zwischenrufe der Kommunisten unterbrochen, aus, die schlanige Schaffung eines Zolltariffs als Instrument für die Handelsvertragsverhandlungen sei eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Deutschlands Wirtschaft brauche, um die Dames-Verpflichtungen abtragen zu können, dringend normale Handelsverträge (Rufe links: Die Lasten sind ja schon den Arbeitern aufgebürdet). Wir haben nicht

Empfang der Deutsch-Oesterreicher.

Begrüßung am Anhalter Bahnhof.

Als erste auswärtige Teilnehmer an den Verfassungsfeierlichkeiten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold trafen heute Morgen die deutsch-österreichischen Bundesbrüder auf dem Anhalter Bahnhof ein. Schon lange vor der Ankunft hatte sich eine nach Tausenden zählende Menge vor dem Bahnhofgebäude und auf den Bahnsteigen versammelt. Trotz des Verbotes der Reichsbahndirektion beherrschte Schwarzrotgold die Plätze, Treppen und Gänge. Die Kameradschaft Kreuzberg hatte die Ehrenkompanie gestellt; zum offiziellen Empfang und zur Begrüßung waren Gauvorsitzender Fritz Koch und Reichstagspräsident Löbe erschienen. Als der fahrplanmäßige Zug um 9,05 Uhr einliefend den Bahnhof erreichte, begrüßte die „Frei-Heil“-Rufe die Gäste. Mit Fahnen- und Tüchenschwenken, „Frei-Heil“- und Freundschaftsrufen erwiderten die ankommenden Kameraden den Gruß. Die große, rote, mit vielen Freundschaftsbändern geschmückte Bundesfahne, die für unsere österreichischen Kameraden und Genossen zugleich die Fahne der Sozialdemokratischen Partei ist, voran, entstieg sie dem Extrawagen und formierten sich zu einem imposanten Zuge.

Fritz Koch und Präsident Löbe geleiteten die Gäste nach der ehemaligen Fürstentreppe des Bahnhofs, wo sich inzwischen die Empfangskompanie mit der Musik am linken Flügel und dem Gaubanner formiert hatte. Im Augenblick des Erscheinens der Deutsch-Österreicher war der Kontakt hergestellt: Aus tausend Herzen kamen die begeistertsten Willkommgrüße, „Frei Heil“ vom Reichsbanner, „Frei-Heil“ vom Publikum, Dank und „Freundschaft“ von den Empfangenen. Einige kurze Kommandos reichten sie in die Mitte der Ehrenkompanie, die Musik spielte den Reichsbannermarsch.

Dann nahm Gauvorsitzender Koch das Wort zur Begrüßungsansprache:

Kameraden! Im Auftrage des Gauvorstandes überbringe ich Ihnen die herzlichsten Grüße und heiße Sie in Berlin willkommen. Wir wissen, welche Opfer Sie auf sich genommen haben, um an unserer Verfassungsfeier teilzunehmen und wollen deshalb versuchen, Ihnen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten. Tausende andere Kameraden in Oesterreich hatten den Wunsch, mitzufeiern. Leider war es ihnen nicht möglich, die Mittel aufzubringen. Doch wir sind gewiß, daß sie im Geiste bei uns weilen und daß die Idee und der Gedanke, dem wir anhängen, bei ihnen gestärkt wird durch die Eindrücke, die Sie, werte Kameraden, von Berlin nach Wien mitnehmen.

Sie werden morgen gemeinsam mit uns ein Volksfest feiern, das hoffentlich recht bald das Volksfest der gesamten deutschen Nation sein wird, die Feier des Geburtstages unserer Weimarer Verfassung. (Bravo und Heilrufe.) Wir betrachten Sie heute schon als ein Glied des großen Ganzen und dokumentieren es damit, daß Sie sich einreihen in unsere Formation. In diesem Sinne heiße ich Sie nochmals willkommen und hoffe, daß die Tage Ihres hierseins Tage der Freude sein werden, die Sie stärken in dem Kampfe, den Sie mit uns gemeinsam zu führen haben, um ein wirklich großes Deutschland, das auf einer freien demokratischen Grundlage aufgebaut ist, zu schaffen. Im Sinne eines Deutschlands, das als freies Land im Rat der Völker dazu beitragen

wird, den Frieden zu fördern und den Aufstieg der Menschheit zu sichern.

Reichstagspräsident Genosse Löbe

hieß die Gäste namens des Reichsbanners und zugleich als Vorsitzender des Oesterreichisch-deutschen Volksbundes willkommen. „Kaum anderthalb Jahre sind verfloßen,“ betonte er, „daß das Reichsbanner, unsere republikanische Schutztruppe, geschaffen wurde, und schon haben sich über drei Millionen Republikaner in ihm vereinigt. Diese gewaltige Macht steht dafür ein, daß wir in unserem neuen Staate

unserer Freiheit nach innen wahren, daß wir aber außenpolitisch nach der Bereinigung aller deutschen Stämme in einem Staatsverbande streben.

Das kann und darf natürlich nur auf dem Wege der Verständigung geschehen. Wir deutsch-österreichischen Volksgenossen verlangen, daß uns das selbe Selbstbestimmungsrecht gegeben wird, welches man den kleinen Staaten und Völkern Europas längst gewährt, damit wir, augenblicklich durch Gewalt getrennt, uns in gemeinsamen Staat vereinen können. Als deutsche Brüder, die ein gemeinsames Ziel und gemeinsames Wollen zusammenhält, werden wir in diesem Sinne wirken, bis das erreicht ist: der Großdeutsche Bundesstaat.“ — Dann dankte

Boigt für die Deutschösterreicher

Er sagt: Deutsche Republikaner! Im Namen der Zentralleitung des Deutschösterreichischen republikanischen Schutzbundes Gruß und Dank für den festlichen Empfang. Zum zweitenmal ist es uns vergönnt, mit Euch gemeinsam republikanische Feste zu feiern. Es freut uns aber auch ganz besonders daß wir mit eurer Fahne nach Berlin kommen konnten. In Oesterreich ist die Sozialdemokratie die einzige verlässliche, treue republikanische Partei, und deshalb haben wir das Banner der Sozialdemokratie mitgebracht. (Bravo!) Kameraden! Brüder! Wir bekräftigen das Gelöbnis Eures Präsidenten Löbe, indem wir Euch versichern, daß auch wir nur den einen Wunsch haben, mit Euch in einem Großdeutschen Bundesstaat vereinigt zu sein. Freundschaft!

Stürmischer Beifall des Publikums, ein tausendstimmiges Freilied des Reichsbanners erhob sich zur Begrüßung des eben gelobten Anführers.

Unter Vorantritt der Reichsbannerkapelle setzte sich dann der Zug in Marsch, die Ehrengäste in der Mitte. Am Bahnhofspflanzel vorbei, ging es die Königgräber Straße hinunter, über das Hallesche Tor nach dem Gewerkschaftshaus. Verfassungsfeierler, Arbeiter und Angestellte, die ihre Ferien dazu benutzten, der Republik an ihrem Geburtstag die Reverenz zu erweisen, alle geschmückt mit dem schwarzrotgoldenen Abzeichen — nicht wenige auch mit unserem Parteiabzeichen — begleiteten Ehrenkompanie und Gäste nach dem Heim der Arbeiterschaft am Engelufer, wo zunächst für das feierliche Mahlergehen Vorkehrungen getroffen sind. Blumen geschmückt ihrem Banner folgend, schritten unsere deutschösterreichischen Kameraden im Zuge, ein Bild der Einigkeit und des Mutes zur Begrüßung.

den Wunsch, die europäische Wirtschaft auf der Grundlage hoher Zollmauern aufzubauen. Wir wünschen eine weitgehende Ermöglichung oder Befreiung der Zollschranken. Das ist aber nicht möglich, solange die Länder um uns immer höhere Zollmauern aufrichten. Würden wir uns dem nicht anpassen, so würden wir ja gleich deutsche Arbeits- und Produktionskraft ins Ausland bringen. Wir müssen die Passivität unserer Handelsbilanz beseitigen.

Als der Reichskanzler dann ausführte, die Regierung nehme bei ihrer Gesetzgebung Rücksicht auf die Lebenslage der arbeitenden Massen, kommen von den Kommunisten laute Rufe: „Er verhöhnt die Hungernden noch!“ Andere laute Zurufe werden vom Präsidenten Loh durch Ordnungsrufe an die kommunistischen Zwischenrufe gestoppt.

In dem allgemeinen Lärm unterbricht der Reichskanzler seine Rede mit der an die Kommunisten gerichteten Wendung: „Das deutsche Volk ist wirklich bellagenswert. Die Kommunisten ergänzen diese Worte lärmend und erregt gestikulierend mit dem Rufe: „Daß so einer Reichskanzler ist!“ Viele Kommunisten stürmen die Treppe zum Rednerpult heran und rufen dem Reichskanzler laut in gleichmäßigem Rhythmus zu: „Abtreten! Abtreten! Weg mit ihm!“

Präsident Loh, der fortwährend die Glocke schwingt, kann sich erst nach einigen Minuten verständlich machen. Er droht den Kommunisten mit Ausweisung aus dem Saale an, wenn sie nicht sofort die Plätze wieder einnehmen.

Darauf tritt ermergerten Ruhe ein, und Luther fährt fort. Er weist auf die Schwierigkeiten hin, die die

allgemeine Verarmung der breiten Massen der Käufer für die Wirtschaft gebracht hat. Er betont die Notwendigkeit, die Kaufkraft zu stärken und die Preise zu senken. Um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, habe sich die Reichsregierung jetzt entschlossen, in der Herabsetzung der Umsatzsteuer von 1 1/2 auf 1 Proz. am 1. Oktober zu willigen. (Abg. Dr. Herz (Soz.): Und gestern haben Sie unseren dahingehenden Antrag abgelehnt!) Wir haben bei den früheren Senkungen der Umsatzsteuer leider eine entsprechende Preisentwertung nicht beobachten können. Jetzt aber muß sie erwartet werden, denn durch die gestern verabschiedeten neuen Steuergeetze sind die Voraussetzungen dafür geschaffen. Darum legen wir auch so großen Wert darauf, daß die Zollvorlage im Anschluß an die Steuerentwürfe verabschiedet wird.

Die Kommunisten begleiten den Schluß mit lang anhaltenden Pfui!-Rufen, die Sozialdemokraten zischen.

Abg. Wels (Soz.):

Der Reichskanzler hat in seiner Rede eine derartige Fülle von Komplexen behandelt, daß es unmöglich ist, sie in der uns zu-gelassenen Redezeit zu behandeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist notwendig, zu dieser Fülle von Vorlegungen noch einmal eingehend Stellung zu nehmen. Ich beantrage deshalb, die Auslegung der Beratungen auf 2 Stunden. Dieser Antrag entspricht durchaus der Übung des Hauses nach Erklärungen der Regierung.

Der Antrag wird von der Mehrheit unter stürmischen Zurufen der Linken abgelehnt.

Darauf tritt das Haus in die Generaldebatte über die Zollvorlagen ein.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.):

In der Rede des Reichskanzlers war die eine Stelle durchaus richtig, in der er das deutsche Volk als bellagenswert bezeichnet hat. Das deutsche Volk ist in der Tat bellagenswert, daß es eine solche Politik erdulden soll. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die sachlichen Gegensätze müssen außerordentlich verschärft werden, wenn die Vertreter des Volkes nicht mehr in der Lage sind, ihre Argumente hier vorzubringen. Die Entwertung, die Sie heute hier gehört haben, ist durchaus begrifflich, da jetzt nicht mehr die Möglichkeit besteht, die Zollvorlage einer sachlichen Beurteilung zu unterziehen. Wir haben aber jetzt die Aufgabe, hier doch einmal vor der Öffentlichkeit zu zeigen, welche Gründe gegen diese Vorlage sprechen. Im vorigen Jahre haben deutsche Nationalökonomien zum erstenmal seit langer Zeit sich mit diesen Fragen beschäftigt und sie haben diese Zeit als eine

Schicksalskünde der deutschen Handelspolitik

bezeichnet. Diese Stunde hat eine kleine Regierung, ein kleines Parlament, aber starke Interessenten gefunden. (Lebhafte Zustimmung links.) Die europäische Wirtschaft befindet sich in einer schweren Krise, unter der auch die Siegerstaaten zu leiden haben. Es hat sich als Ergebnis des Krieges klar herausgestellt, daß die europäischen Völker durch eine Schicksalsgemeinschaft verbunden sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vor dem Kriege hatten wir eine rasch fortschreitende Entwicklung der wirt-

schaflichen Produktion und des Handels. Die Schwierigkeiten der Handelspolitik konnten durch die Steigerung der Produktion überwunden werden. Seit 1914 haben wir dagegen einen Stillstand der Produktion auf allen Gebieten in der Landwirtschaft ebenso wie in der Industrie.

Die heutige Wirtschaft muß nachholen, was in den letzten 10 Jahren versäumt worden ist. Die heutige Krise ist deshalb so ungeheuer schwer zu überwinden, weil die Wiederherstellung der Produktion auf eine sich gleich gebliebene Entwicklung erfolgen muß. Das Verhältnis zwischen der Produktion von Rohstoffen und der Fertigindustrie muß ausgeglichen werden, d. h. also daß die Fertigproduktion, die Fertigerzeugung gefördert werden muß. Ihre Politik (nach rechts) geht aber gerade dahin, die Produktion der Rohstoffe zu fördern und die Erzeugung von Fertigprodukten um so mehr zu beschränken. Das ist eine

Verständigung am Geiß volkswirtschaftlicher Entwicklung.

Die Krise wird verschärft durch die technische Entwicklung. Die technische Entwicklung steht in Widerspruch mit der Grenzziehung der europäischen Staaten und diese Grenzen wollen Sie bei uns noch verengen durch die Schutzpolitik, durch die Abperrung vom Weltmarkt, den wir so dringend brauchen. Die Produktion für den Weltmarkt erfordert eine Steigerung der Technik, aber gerade das verhindern Sie mit Ihrer Politik! Der lächerlose Zolltarif bedeutet die Erhöhung aller Preise, und wenn andere Länder sich einem lächerlichen Zolltarif gegeben haben, so zeigt es sich dort, daß sich ihre Konkurrenzfähigkeit durch die Steigerung der Produktionskosten verringert hat. Auf die Veränderungen in der Energiewirtschaft nimmt Ihre Politik keine Rücksicht, denn sie muß zu einer Hemmung der technischen Industrie führen. Sie gehen jetzt den Weg zu jener Politik zurück, die vor dem Krieg die Entwicklung in Deutschland erschwert hat. Unsere Wirtschaftspolitik kann nur die Aufgabe lösen, die Bereidungsindustrien gegenüber den Rohstoffindustrien zu stärken. Der Zolltarif erfüllt diese Aufgabe nicht. Seine Väter wissen nicht einmal, um was es sich jetzt eigentlich handelt.

Der Zolltarif enthält nicht einen volkswirtschaftlichen Gedanken, er ist blind zusammengeschieben worden, ohne zu überlegen, welche sozialen und welche Produktionsfolgen das haben muß.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese ganze Wirtschafts- und Handelspolitik ist nichts anderes, als eine Änderung der inneren Einkommensverhältnisse, eine Abwälzung der Lasten aus dem Dames-Büchlein! Schon bei den Steuergeetzen haben Sie 2 1/2 Milliarden Kaufkraft der breiten Massen auf jene Schichten abgewälzt, die Nutznießer des Zolltarifs sein werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt wollen Sie auch noch die sozialen Lasten von sich abwälzen. Wenn der Reichskanzler von einem Aufbau gesprochen hat, so sage ich, das ist kein Aufbau, sondern eine Abwälzung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Er hat auch von einem Preisabbau gesprochen. Bisher ist aber nur ein Preisabbau vorgenommen worden, und zwar bei dem Preise der Arbeitskraft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt erhält das deutsche Volk die Quittung für sein Verhalten bei den Löhnen! Der Redner des Zentrums hat gestern meinem Parteifreund Herz zum Vorwurf gemacht, er kenne nicht die Psyche des christlichen Arbeiters. Wir kennen diese Psyche genau. Wir denken dabei freilich nicht an jene Arbeiter, die Herrn Behrens folgen, die gleich den Vögeln im Walde und den Völkern auf dem Felde auf den Herrn warten, der sie ernähren soll. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist die einzige in der ganzen Welt, die in religiöse Fraktionen gespalten ist. In der Gegenwart hat diese Spaltung aber keine Berechtigung. Wir haben Ihnen doch durch unser Verhalten deutlich genug gezeigt, daß in unseren Reihen keine Tendenzen eines Kulturfampfes oder der Verletzung religiöser Interessen herrscht. Die Frage ist berechtigt, warum die Arbeiter von einer konfessionellen Spaltung betroffen sind, während man diese Spaltung bei den Unternehmerorganisationen nicht findet. (Sehr richtig! bei den Sozialisten.) Diese Frage ist um so mehr berechtigt, weil die christlichen Gewerkschaften in der Steuer- und Zollfrage, dieselbe Stellung wie wir einnehmen. Der Redner weist dann im einzelnen an dem Steuerkompromiß nach, daß darin kein Zugeständnis an die Forderungen der christlichen Gewerkschaften enthalten sei. Das Zentrum habe es abgelehnt, die Zollfreiheit für Getreide und Futtermittel mit den Sozialdemokraten zusammen fortzuführen.

Eine andere Verschlimmerung des Zollkompromisses ist diese: Sie haben mit den Mindestzöllen auf Vieh die Bauern eingereicht in die Linie der Schutzollfront mit den großen Kartellmagazinen und Großgrundbesitzern. Und Sie haben damit für die Zukunft eine vernünftige Befreiung des Zolltarifs außerordentlich erschwert. Unsere Bauernpolitik ist eine andere als diejenige, die Sie mit dem Kompromiß durchsetzen wollen.

Wie wollen Sie mit den Gewerkschaften die in der Lenkung notwendigen Lohnkämpfe

führen, ohne sagen zu müssen, die Opfer, die Sie von den Arbeitern verlangen, sind unnötig gewesen? Die ganze Vorlage ist nicht notwendig, die Schutzollpolitik ist kein unabänderliches Geleß der kapitalistischen Wirtschaft. Sie ist nur herbeigeführt durch eine rein politische Konstellation. Und das ist der Umstand, daß bei der letzten Präsidentschaftswahl falsch gewählt wurde. Das hat Loh bemerkt, die falsche Handelspolitik zu machen. Wie wollen Sie die Gefährdung des Reallohns der deutschen Industriearbeiter rechtfertigen, die schlechter bezahlt sind als alle Industriearbeiter der westlichen Kulturstaaten? Prüfen Sie sich, ob Sie noch einmal diese Politik von Dr. Luther unterstützen wollen, der erklärt hat, Handelspolitik könne man nicht mit der Sozialdemokratie machen. Handelspolitik, die mit dem Volksinteresse in Einklang steht, kann man nur mit der Sozialdemokratie machen. (Luther ruft hier dazwischen: Wann habe ich das gesagt? — Gegenruf von der Linken: Was haben Sie für ein schlechtes Gedächtnis!)

Die große Majorität des Hauses war seinerzeit für den spanischen Handelsvertrag, auch wir. Das erste, was die Regierung getan hat, war, den Vertrag zu kündigen, obwohl die Majorität des Hauses dafür gewesen ist.

und zwar nur deshalb, um einer Regierungspartei die Stange zu halten, um deren partikuläre Wirtschaftsinteressen gegen diejenigen der Allgemeinheit durchzusetzen. Das ist ein unerhörter Vorgang. Ein handelspolitisch unverantwortliches Vorgehen. Und der Erfolg hat sich auch eingestellt. Das Vorgehen der Regierung kritisiert zu- gleich das Argument, daß der Zolltarif nur notwendig sei, um Handelsverträge abzuschließen. Das ist falsch. Denn in dem alten Tarif hatte die Regierung ein ausreichendes Instrument in der Hand, daß man es nicht anwandte, beruhte darauf, weil man in den neuen Handelsverträgen zu viel höheren Vertragszöllen als früher kommen will.

Es handelt sich um einen neuen

Schutzollanbau auf der ganzen Linie.

Das zeigen auch die Vertragszölle im belgischen Vertrag. Die wirtschaftlichen Gegensätze, die der Schutzoll herbeiführt, steigern auch die politischen Gegensätze der Länder. Und Deutschland hat das schwer genug bezahlt. Wenn man die Reden im Handelspolitischen Ausschuss anhört, so hat man das Gefühl: Sie haben nichts gelernt aus der Geschichte! Die Zollvorlage muß führen zu einer wirtschaftlichen Eintrübung Deutschlands, die gefährlich ist, weil wir den deutschen Export unbedingt brauchen. Deswegen können wir Widerstand leisten und hinter uns steht in diesem Falle alles, was urteilsfähig ist, auch die Wissenschaft. Mit ihr zusammen vertreten wir das allgemeine Volksinteresse gegen die partikulären Interessen einzelner Wirtschaftsgruppen.

Sie (zur Rechten) machen eine

Politik zur Steigerung der Boden- und der Kartellkraft.

Ich kann von Ihnen keine sozialistische Handelspolitik verlangen. Aber ich kann verlangen, daß Sie eine kapitalistische Handelspolitik im Interesse der Volkswirtschaft treiben und nicht im volkswirtschaftsfeindlichen Zunftinteresse. Ich weiß, daß nicht alle Fragen der Wirtschaft durch die Handelspolitik gelöst werden können. Ueber die Handelspolitik hinaus tut eine auswärtige Politik not, die uns mit der Weltwirtschaft verbindet. Wir brauchen einen Bollerbund, nicht nur zur Herstellung des politischen Friedens, sondern auch zur Verteilung der Rohstoffquellen, damit nicht die wirtschaftliche Konkurrenz schließlich wieder in den imperialistischen Krieg ausmündet.

Ich weiß, ich spreche tauben Ohren. Trotzdem muß jedem Sie vorausgehen die

moralische Entschärfung des Feindes.

Die ganze Art Ihrer Verteidigung zeigt, daß Sie unseren Argumenten keine Gegengründe entgegenzusetzen wissen. Eine Verteidigung Ihrer bisherigen Politik gibt es nicht, denn sie ist nur auf die Einzelinteressen eingestellt. Daher auch im letzten Grunde die Abdrosselung dieser Debatte hier. Sie brauchen nicht zu reden von der Lenkung, nicht von den Mindestzöllen, nicht von den Baustoffen, die verteuert werden. Sie brauchen nur zu schimpfen auf die böse Sozialdemokratie. Was wir hier nicht sagen können, das werden wir in verstärktem Tone draußen sagen und es wird dort um so mehr wirken, je mehr Sie uns daran hindern, es hier auszusprechen. Wir gehen aus dieser Debatte heute als die moralischen Sieger hervor und wir werden in kurzer Zeit die wirklichen Sieger sein. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Freunde.

Von Joachim Günther.

Wir waren unzertrennlich — Karl, Gustav und ich — in der Barocke, in unserer selbstgebaute Laube spielten wir Stat und rauchten Zigaretten, Dinge, die in unserem Klammote streng verboten waren; wir teilten die heimlichen Wurstpakete, den Geburstagskuchen, das Tschengeld und trafen gemeinsam aus, was der eine oder andere von uns sich eingebrockt hatte. Als wir am Tage der feierlichen Entlassung nach glücklich bestandener Abiturium als junge „Freiherren“ in einer kleinen Weinstube zusammensaßen, schwuren wir uns ewige Freundschaft und gegenseitige Hilfe, wo und wann es auch immer sei. Da kam das Leben — der Krieg — die Not. Mich stürzte das Schicksal immer wieder in Tiefen und Abgründe, so sehr ich mich auch mühte, nach oben zu klammern — und als ich mich eines Tages gar zu hart mit dem Leben herumgeschlagen hatte, als wieder — wie schon so oft — eine große, schöne Hoffnung zu Wasser geworden war und geringe Not mir an der Kehle saß, da dachte ich an Karl und Gustav, und an die letzten Zeiten göttlicher Jugendfreude.

Ehe ich mich entschloß, den bitteren Gang anzutreten, mußte ich erst mit meinem Stolz einen harten Strauß durchschneiden — aber von wem konnte ich Hilfe erwarten, wenn nicht von den Freunden während sieben langer Schuljahre?

Karl war ein großes Tier geworden — seine Ritteln hatten ihm die Brivodogentensaufbahn erlaubt — jetzt war er als Philosoph eine anerkannte Größe — geschätzt als hervorragender Kenner Epikurs, dessen Philosophie der lebensbejahenden Genügsamkeit er mit einer persönlichen, modernen Note ausgestattet hatte. — Als ich das vornehme Haus mit der Marmortreppe und den dicken Blüschläufern betrat, strich ich schnell noch einmal über mein allzu schäbiges Köckchen und die verräterisch glänzenden Hosen — ein Mädchen mit weichem Häubchen öffnete und da sah ich nun in einem Wartezimmer, dessen gediegen künstlerische Ausstattung mich entzückte — die Philosophie der Genügsamkeit schien Karl nicht schlecht zu bekommen.

„Wo — wie ach! — dir, mein Lieber — begrüßte mich Karl — erschauende nur, daß ich dich so lange warten ließ — aber wichtige Arbeiten — no, du weißt ja, wie das so ist —“

Ich erzählte ihm offen, wie es mir gegangen sei, in welcher Not ich mich jetzt befände und ob er mir nicht irgendeine Empfehlung geben könnte, damit ich vielleicht Arbeit bekomme. — Karls Kliese hatte sich während meiner langen Rede merkwürdig verändert — interessiert — überlegen lächelnd — abweisend war sie geworden:

„Ja — ja, mein Lieber — sagte er endlich — da ist guter Rat teuer — ich kann dir selber gar nicht helfen — aber — vielleicht wendest du dich an's Arbeitsamt — wir haben ja jetzt so glänzende Wohlfahrtseinrichtungen, daß keiner zu hungern braucht — — auherdem muß man es lernen, sich zu bescheiden und sich über sein Schicksal zu erheben — dann bezwingt man es — — darf ich dir übrigens etwas zu essen anbieten?“

Ich schloß die hochsteigende Bitterkeit tapfer herunter und dankte freundlich, Karl zeigte mir zum Abschied die Hand;

Vielleicht — kommst du bald mal wieder — ich würde mich sehr freuen — dann plaudern wir ein bißchen von den alten, schönen Zeiten — und dann die Ohren steif, verstanden! Er klingelte, das weißbehaute Mädchen geleitete mich zur Tür und ich stand geblendet, verwirrt im milden Trubel der Straße.

Nun zu Gustav, dem immer lustigen Jungen, dem ich so oft aus der Patzche geholfen, dem ich fast täglich die Schularbeiten gemacht hatte, der das Abiturium zum großen Teile mir verbannte — eigentlich hatte ich keinen Rat mehr — aber — nein — Gustav würde mir schon irgendwie helfen.

In der eleganten Halle des Bankhauses, dessen Inhaber Gustav war, mußte ich eine Anmeldung ausfüllen — und warten — endlich kam der Bote mit meinem Zettel zurück: ich möchte doch den Zweck meines Besuchs angeben. Ich hat mir ein Kuvert aus, befragte meine augenblickliche Lage und schloß mit der Bitte um eine Empfehlung oder Arbeit. Nach etwa einer halben Stunde trat der Bote wieder auf mich zu und meldete mir, daß Herr Direktor Müller bedaure, mich heute nicht empfangen zu können, weil er eine wichtige geschäftliche Konferenz hätte; er stelle mir aber anheim, in einigen Wochen vielleicht noch einmal vorzusprechen. — Er reist nämlich morgen auf drei Wochen zur Erholung in die Schweiz — fügte der Bote hinzu.

Da stand ich nun zerrütet, zerschlagen, gedemütigt — verwirrt — ich hatte schon so manchen Stunden zu Grabe getragen, so manche Wolkensburg zusammenstürzen sehen — aber heute zerbrach alles in mir — — ein derber Schlag auf die Schulter ließ mich zusammensinken, vor mir stand Paul Hofer und streckte mir freudestrahelnd beide Hände entgegen — wir hatten beide in manchem Unterstande gelegen, er als Sergeant, ich als Unteroffizier, bei Serre und bei Douaumont hatte er mir das Leben gerettet — und ich hatte Paul Hofer schon längst vergessen. — Als er von meiner Not hörte, glänzte sein gebrauchtes Gesicht und seine Augen leuchteten, als er sagte: Ich bin ja man nur ein kleiner Landwirt — no, sagen wir Bauer — und nicht so gebildet wie du, aber wenn es dir nicht zu schlecht bei mir ist, komm zu mir — ich habe ein hübsches Zimmer für dich — und zu essen wird auch noch was da sein — und wenn du später Lust hast, mir zu helfen, soll's mir recht sein. —

In mein Fenster quoll neugierig ein Apfelbaum mit goldenen Früchten; hektor, der lustige, braune Jagdhund, spielt mit meinen Schuhen; unten steht Paul Hofer und winkt mir vergnügt zu: Ra — ausgeschlafen? Der Kaffee steht schon für dich im Garten.

Ich habe meinen Glauben an die Menschen wiedergefunden.

Hebung des Grundes im Golf von Biscaya.

Ueber die — inzwischen vom französischen Marineministerium amtlich bestätigte — Hebung des Grundes in einem Teil des Golfs von Biscaya gibt Schiffskapitän Cornet, der Kommandant des Transportdampfers „Le Volret“ einen ausführlichen Bericht. Danach hat am 6. Juli „Le Volret“ auf der Fahrt von Oran nach Rochefort mitten im Golf von Biscaya, etwa 100 Meilen vom Ufer, eine gewaltige Welle auf Herzschlag erhalten. Da dem Kommandanten dieser „Ueberfall“ rätselhaft war, kam er auf die Vermutung, er könne von einem unbekanntem unter Wasser liegenden Riff kommen, und

er ordnete sofort die Bohnahme von Lotungen an. An dieser Stelle zeigen die Lotungen eine Tiefe von etwas über 4100 Meter. Die Lotungen aber ergaben mittlere Tiefen von 40 Meter. Den ganzen Tag hindurch, während über 6 Stunden, wurden die Lotungen fortgesetzt, und sie ergaben als Tiefen: 33, 45, 34, 38, 50, 35, 36, 61, 70, 50, 58, 105, 108, 102, 135 Meter über eine Strecke von mehr als 50 Meilen. Auch Schlamm, Sand und Kies wurde heraufgeholt. Es blieb kein Zweifel: ein ganzes großes Plateau hatte sich bis auf wenige Meter unter Meeresspiegel erhoben, wo ein über 4000 Meter tiefes Loch gewesen war. Die Lotungen wurden in der Durchschnittslage von 45° 7' auf 3° 57' vorgenommen.

Diese sensationelle Feststellung hängt mit der vom amerikanischen Kriegsschiff „Ray“ im Jahre 1918 beim Kap Ortegal gemachten Konstatierung einer Untiefe von 152 Meter, die gerade auf dem Weg von Ortegal nach Rochefort liegt, zusammen. Offenbar handelt es sich bei der neu festgestellten Untiefe um das Ergebnis seismischer Wirkungen jüngsten Datums. Bereits wird die Theorie verfolgt, daß diese Bildung nicht ohne Einfluß auf die im Vorjahr so verheerend aufgetretenen Sturzfluten an der gasconischen Küste gewesen sei.

Im „Ouest-Eclair“ veröffentlicht Leutnant Didot, ein Begleiter Cornets, folgende Angaben: Die Lotungen des „Volret“ bestätigten die Theorien von anomalen Bewegungen auf der Erdkruste. Die erste Beobachtung des Leutnant Cornet fiel auf den 23. Mai 1925, d. h. das Datum der Katastrophe von Benmakr und des Erdbebens von Japan. Damals durchquerte „Le Volret“ ebenfalls den Meerbusen von etwa 100 Meilen südwestlich Rochefort. Obwohl der Wind nicht die Stärke von 5 Meter überschritt, war das Meer so unruhig und aufgewühlt, daß die Geschwindigkeit der Maschinen reduziert werden mußte.

Man befürchtet, daß durch die Umwälzungen des Meeresgrundes die Fischereiverhältnisse erheblich gestört und die Meeresströmungen umgelenkt werden.

Internationales Kammermusik-Preiswettbewerb. Die „Musical Fund Society“, Philadelphias älteste musikalische Vereinigung, hat 10 000 Dollar für die drei besten Kammermusikwerke ausgeworfen, für die als erster Preis 5000, als zweiter 3000 und als dritter 2000 Dollar bestimmt sind. Die Bewerbung ist beschränkt auf Kammermusikwerke von drei bis sechs Instrumenten. Klavier kann als eines der Instrumente gebraucht werden. Kompositionen mit Vokalstimmen sind von der Bewerbung ausgeschlossen. Es ist zulässig, daß ein Komponist mehrere Werke einreicht und es kann auch mehr als ein Preis einem Bewerber zufließen. Dem Bewerber bleibt es überlassen zu bestimmen, ob sein unterbreitetes Werk nur für den ersten Preis in Frage kommen soll, demnach für den zweiten oder dritten Preis zurückgezogen wird. Dieser Wunsch muß jedoch bei Einreichung der Manuskripte hervorgehoben werden. Um den Bewerbern genügend Zeit zu geben, ist als Endtermin der Einreichung der 31. Dezember 1927 vorgegeben.

Erstausgaben der Woche. Montag, 6. Oktober: In der Saison: Diens'ez, Renaissance-Theater: Tolentanz.

Untergrundbahn in Tokio. Der Magistrat von Tokio hat das Projekt zum Bau einer Untergrundbahn angenommen. Mit dem Bau soll begonnen werden, sobald der Finanzminister seine Zustimmung erteilt hat. Die Stationen sollen durch eine zentrale Anlage bedient werden.

Aus dem Land der Fememorde.

Wie die Befreiung der Fememörder ausgeführt werden soll.

Das „Berliner Tageblatt“ hat bereits vor einiger Zeit über die Zustände in Mecklenburg eingehende Veröffentlichungen gemacht, die allgemeines Aufsehen erregten. Nach der famosen Antwort, die der Reichsjustizminister Frank auf die Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach Einzelheiten aus dem letzten Fememordprozess gegeben hat, muß man allerdings annehmen, daß diese „Stelle“ sich für diese Enthüllungen nicht interessiert. Immerhin sind die Mitteilungen des „B. T.“ doch derart, daß der Reichstag nicht umhin können wird, bei der Besprechung der Interpellation auf diese Dinge einzugehen. In der Mecklenburger Zuschrift des „B. T.“ heißt es u. a.:

„Ein weiterer Grund, weshalb diese Herrschaften jetzt übermüdet sind, ist folgender: Fieberhaft sehen sie ihre Anstrengungen fort, um die beiden im Fememordprozess zum Tode verurteilten Schöller und Höhn aus dem Schweriner Gefängnis zu befreien. Schon vor etwa zehn Tagen konnte ich melden, daß diese Absicht leidet. Heute ist weiteres durchgeföhrt. Wie bereits erwähnt, ist das Gruppenquartier nach Degtow verlegt worden, dessen Vächter ein Herr Elvers ist. Die Leitung des Frontbannes hat nun an Stelle des abgehenden Leutnants Friede ein Dr. Reiting übernommen, der etwa 26 Jahre alt ist. Die Domäne Degtow ist außerdem mit einem Kommando von Frontbannern besetzt, die eine Art Garde der Gruppenleitung bilden. Es sind dies vorwiegend Leute aus Schlesien, Rheinland und Bayern. „Mit Rücksicht auf kommende Aktionen soll von der Verlegung des Gruppenquartiers nach Degtow möglichst wenig Aufsehen gemacht werden.“ So wurde den direkt Beteiligten gesagt. Zu diesen „kommenden Aktionen“ gehört auch

Die Befreiung der Fememörder.

In Degtow wird der Befreiungsplan ausgearbeitet. Die Frau des zum Tode verurteilten Oberleutnants Schöller ist auf der Domäne Degtow und wird dort unterstützt. Man will die beiden Fememörder um jeden Preis befreien, weil es eine „Ehrensache“ ist, denn man hat ihnen, als man sie zum Tode verurteilte, versprochen, „im Falle die Sache schief ginge, sie herauszuhauen“. Weiter will man dadurch, daß man diesen Schlag ausführt, einen Propagandafall schaffen. Der Befreiungsplan war bereits für Anfang August geplant, doch hat man die hierzu notwendigen Geldmittel, die man durch freiwillige Gaben der „Gutsbesitzer“ beschaffen will, noch nicht zusammen. Zahlreiche Leute sind unterwegs, die auf den einzelnen Gütern in dieser Angelegenheit vorgelassen haben. Man hat auch mit bayerischen Stellen verhandelt, und Dr. Reiting war zur Beschaffung von Geldern in Berlin. Was bisher erreicht wurde, ist nicht bekannt. In Gesprächen hat man die Lage des Gefängnisses in Schwerin als „ausgezeichnet“ bezeichnet. Sie könnte eine schnelle Flucht begünstigen. Horchposten sitzen bereits in Schwerin.

Wie denkt man sich die Entführung und wen glaubt man dafür gewinnen zu können? Auch das hat bereits einer der „Umgefallenen“ ausgeplaudert. Es ist daran gedacht, die beiden Gefangenen mit Hilfe eines Autos, das bereits zur Verfügung steht, über Rostock nach Warnemünde zu entführen und dann ins Ausland zu bringen. Man will auf einige Gefängnisbeamte einwirken. Auch Mitglieder einer Mecklenburgischen Loge sollen für die Sache gewonnen sein. Wer wird die Gesamtleitung übernehmen? Darüber ist im völkischen Lager ein Zwist entstanden. Von einem Herrn, der den Dingen sehr nahe steht, wird mir folgendes erzählt: Zur Ausführung der Tat soll sich Elvers freiwillig angeboten haben. Man hat dies aber abgelehnt mit der Begründung, daß er in den letzten Jahren mehr als genug für die völkische Sache getan hat und außerdem Frau und Kinder habe.

Diese Angaben gehen so ins Einzelne, daß man an ihnen nicht wird vorübergehen können. Vor allen Dingen wird man im Reichstag unbedingt darüber Klarheit schaffen müssen, aus welchen Gründen der letzte Schweriner Fememordprozess nicht wie der offenbar viel weniger schwerwiegende Pachtmer Fall dem Staatsgerichtshof überwiesen wurde. Ein Prozess, dessen Einzelheiten unbedingt geheim gehalten werden müssen, kann gar nicht anders als politischen Charakters sein. Bei der engen Verknüpfung der mecklenburgischen Behörden mit den völkischen Organisationen muß eine Nachprüfung der Vorgänge und Zusammenhänge durch den Staatsgerichtshof unbedingt erreicht werden. Herr Schiele wie Herr Frank werden sich darüber äußern müssen, ob sie ihrerseits den Schutz völkischer Nordorganisationen durch das Verhalten der mecklenburgischen Justizbehörden für richtig halten und was sie dagegen zu tun beabsichtigen.

Die Johanniter.

Hindenburgs Rücktritt als Ordenshauptmann.

Reichspräsident v. Hindenburg, der es bis jetzt nie veräußert hat, im schwarzen Ordensmantel mit dem Johanniterstern dem Ordensfest „die höhere Weihe“ zu geben, ist von seinem Posten als Ordenshauptmann zurückgetreten, und ein ganz gewöhnlicher General der Infanterie aus Dresden-Blasewitz zum Ordenskommandanten gewählt worden. Die Herren Johanniter, die zwar auf dem Papier ein von Menschenliebe tiefendes Programm besitzen, in Wirklichkeit aber wohl die verbohrteste und reaktionärste Clique unerbittlicher Monarchisten darstellen, werden den Präsidenten der Republik auf ihrem alljährlichen „Kostümball“ als besondere Zugnummer schwer vermissen.

Die französische Antwortnote.

Zu Ministerrat angenommen.

Paris, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem „Petit Parisien“ hat der Entwurf der französischen Antwort auf die deutsche Garantienote, den Briand am Dienstag Chamberlain zu unterbreiten beabsichtigt, bereits die Zustimmung des französischen Ministerrates gefunden. Trotz des Demantals der zuständigen Stelle hatten der „Quotidien“ und andere Blätter die von ihnen gebrauchten Informationen aufrecht, daß Briand auch in London die Regelung der französischen Schuld zu diskutieren gedankt. Coiffier, der sich damit einverstanden erklärt habe, werde, wenn es Briand gelänge, zu einer prinzipiellen Verständigung mit der englischen Regierung darüber zu gelangen, dann wahrscheinlich Ende August nach London kommen, um dort die Details zu regeln.

Erleichterung des Grenzübergangs Deutschland-Schweiz. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Triberg: Der Grenzübergang von Deutschland nach der Schweiz ist erleichtert worden. In Basel am Badischen Bahnhof werden von nun an ohne Formlichkeiten und Kontrollbesuche vollständige Schweizer Visa gegen die Normalgebühren erteilt. Ausgenommen von dieser Regelung sind Russen und Armenier.

Berlin in Erwartung.

Ein Rundgang. — Die Stadt beginnt sich zu schmücken.

Die Stadt, die gestern noch ihren Arbeitstag zurücklegte, beginnt heute schon ein festliches Gesicht zu zeigen. Der Südosten und Norden Berlins standen heute früh in reichem Flaggenschmuck und auch in den westlichen Vierteln, den Domänen der Reaktion, sah man, wenn auch vorerst nur vereinzelt, die schwarzrotgoldenen Farben der Republik. Mit dem fortschreitenden Vormittag begann das Bild wesentlich lebendiger und frischer zu werden, Girlanden werden gezogen und Begrüßungsportale errichtet, und besonders in den Arbeiterstraßen ist das Alltagsbild eckter freierlicher Feiertagsstimmung gewichen. Am Potsdamer Platz, schräg dem Bahnhofsgelände gegenüber, ist eine reich mit Fahnen geschmückte Willkommensparade aufgerichtet, die, wenn sie auch nicht an vornehmlicher Stelle ausgerichtet wurde, ein würdiger und wirkungsvoller Gruß an die ungezählten Tausende deutscher und deutschösterreichischer Kameraden ist, die in diesen Stunden Zug um Zug unaufhörlich auf den Berliner Bahnhöfen eintreffen. Am Inhabler Bahnhof grüßen von den Sandelbäumen 7 mächtige schwarzrotgoldene Fahnen. Aber das alles genügt noch nicht. Diese Verfassungsfeier der deutschen Republik muß an Stärke und Wirkung zu einem der Monumente republikanischer Tradition werden. Von jedem Haus müssen die Farben der Freiheit wehen, Hunderttausende bewachter Republikaner wird der morgige Sonntag in den Mauern Berlins vereinen. Hunderttausende werden das Gedächtnis für Freiheit und Volk ablegen, den Feinden ein eherner Damm, den Freunden lebendigster Ansporn. Die Ausschmückung der Innenstadt muß dieser denkwürdigen Veranstaltung würdig sein. Darum: Republikaner, heraus mit den Bannern der Republik!

Und was macht die Funkstunde?

Jede anständige öffentliche Einrichtung sucht ihre Bestimmungstüchtigkeit dadurch zu beweisen, daß sie alles Republikanische ignoriert, es erklärt einfach für sie nicht. Selbstverständlich folgt die Berliner Funkstunde diesem aufmunternden Beispiel, der Rationalen Dank ist ihr dafür gewiß. Schon den Rathenau-Gedenktag übergibt sie vollständig; nicht einmal die Kundgebungen am Grab Rathenaus wurden für würdig genug befunden, um unter die neuesten Tagesnachrichten zu rangieren. Man erwartet nun, daß in den Tagen, die der Feiertag der Staatsverfassung dienen, das Programm der Wichtigkeit dieses Tages gedenken würde, doch für die Funkstunde gibt es bedeutendere Sachen als die Verfassung. Sachen, die nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt angehen, z. B. „Der landwirtschaftliche Obstbau“ oder „Ein Rundgang durch Alt-Berlin“. Und ein Vortrag wie „Machid drinnen und draußen“ ist natürlich von einer solchen Wichtigkeit für die Fortentwicklung der Menschheit, daß demgegenüber alles andere zurückstehen muß. Aber was soll der Verfassungstag, wenn man in höheren Regionen schwärmt, einem Vortrag, wie der „Was festsetzt uns an die Sterne?“ kann nichts die Woge halten. Vielleicht aber nimmt dieser Vortrag Bezug auf die deutsche Verfassung, indem er auseinanderlegt, daß das Schicksal Deutschlands in den Sternen geschrieben steht. Aber am Dienstag neigt sich die „Funkstunde“ doch

Hamburgs Jugendtag.

Hamburg, 7. August.

Erst am Sonnabend morgen beginnt der 4. Deutsche Reichs-Arbeiterjugendtag, doch schon heute gibt er der Stadt mit das Gepräge. Viele Tausende Jugendliche aus allen Ecken des Deutschen Reiches sind schon eingetroffen, der Sonnabend wird über 25 000 auswärtige Jugendliche in Hamburg sehen. Während ist die Solidarität der Arbeiter. Schon seit 14 Tagen mußte gestoppt werden mit den Angeboten der Freiquartiere, weil gar nicht so viele Jugendliche aufzutreiben sind. Es ist dieselbe Solidarität, die die erwachsenen Arbeiter vieler Ortsgruppen befandeten, indem sie Beiträge zur Reise für ihre Jugendlichen mit aufbrachten. Was es bedeutet, 25 000 Jugendliche nach Hamburg zu bringen, welche Energie und Opferfreudigkeit von allen Seiten aufgebracht wurden, das zeigt ein Gegenbeispiel. Der zweimal größere Verband des Christlichen Jungmännerbundes brachte in dem viel günstiger gelegenen Hannover nur 7000 Jugendliche auf die Beine. Auch die Schweden, Dänen, Tschechen, Oesterreicher und Polen haben Delegationen entsandt. Der Hamburger Jugendtag verspricht seinem Programm und der Stimmung der Jugendlichen und der Hamburger Bevölkerung nach zu einer außerordentlich starken Kundgebung für Jugendrecht und Jugendrecht zu werden. Haben doch jetzt schon alle Arbeiterviertel reichen Flaggenschmuck und Girlanden angelegt und sieht man überall in den Straßen Jugendliche und auch Ältere mit dem Abzeichen des Jugendtages. Der Sonnabend bringt außer der morgentlichen großen Begrüßungsfeier im Gewerkschaftshaus (das leider sich nicht festlich genug schmückte) noch Vorträge wie „Sozialismus und Politik“, „Die Pflicht zum Neuen“, „Jugendkultur oder sozialistische Kultur“, „Jugendbewegung und Musik“. Auch die Abteilung „Unser Zeit“ ist aus einem reichen Kranz von Feiern gemunden: Lichtbildervorträge, Jugendfeiern, Arbeiterdienerabend und ein Kirchenkonzert. Am Abend findet ein großer Fackelzug statt. Auf dem Heiligengefeld werden viele Tausende von jugendlichen Fackelträgern der Veteranen der Partei, genannt seien nur Edward Bernstein, die beiden Stolten, W. Bock und Frohme, huldigen. Die freie Zeit ist für die Hamburger Sehenswürdigkeiten aufgehoben. Der Sonntag gilt außer der großen Jugendtagkundgebung dem großen Jugendfest im Stadtpark, das mit einer internationalen Kundgebung und einer allgemeinen Schlußfeier enden soll. Der Montag gilt den Dampferfahrten nach Cuxhaven und Helgoland. Es waren nicht genug Dampfer dazu zu chartern, so groß ist der Andrang der Landratten, einmal wenigstens das Meer zu sehen. Cuxhaven wird mit einer großen republikanischen Kundgebung schließen. Das ist in groben Umrissen etwas vom Hamburger Jugendtag.

Zusammenstöße nach der Weisung Eichhorns.

Zu dieser Notiz teilt uns die Pressestelle des Polizeipräsidiums mit, daß die Begleitung des Trauerzuges durch Schutzpolizei erfolgt ist, um Störungen des Trauerzuges zu verhindern. In früheren ähnlichen Fällen ist wiederholt um diesen polizeilichen Schutz gebeten worden. Im übrigen ist zu verbleibenden aus diesem Anlaß gegen die Polizei gerichteten Angriffen folgendes zu bemerken: Der auf der rechten Seite der Straße fahrende Leichenwagen wurde durch zahlreiche Teilnehmer begleitet, die sich nach der Seite hin sehr ausdehnten und sich zum Teil auf den Straßenbahnschienen bewegten. Die natürliche Folge war, daß die fahrende Straßenbahn einzelne Leute abtrennte, die sich nicht in den Zug einliederten. Trotzdem versuchten die Teilnehmer immer wieder, den Fahrdamm in seiner ganzen Breite zu benutzen, so daß der Verkehr wesentlich behindert wurde. Die begleitenden Polizeikraftwagen mußten immer wieder an dem Leichenkondukt vorbeifahren, um den Verkehr nur einigermaßen in Fluß zu halten. Zusammenstöße mit der Straßenbahn sind weder von dem aufficht-habenden Reitermeister, noch von irgend einem diensthabenden Beamten beobachtet worden. In der Ecke Frankfurter Allee und

dem Alltäglichen zu. Tatsächlich überträgt man um 12 Uhr mittags die im Reichstag stattfindende Verfassungsfeier der Reichsregierung. Hoffentlich schadet diese kurze Verbeugung vor der Tatsache der Funfstunde nichts bei den reaktionär Gesinnten. Selbstverständlichkeit jedoch, daß das Reichsbanner und seine Kundgebungen vornehmlich übersehen werden. Warum soll die „Funfstunde“ auch mit der augenblicklichen Gesinnungsfunktion verbunden werden?

Das Vorwärts-Haus im Festschmuck.

In der Lindenstraße, am Halleschen Tor, staute sich gestern nachmittag ein von Stunde zu Stunde größer werdender Haufe Reugieriger, die zusahen, wie das „Vorwärts“-Gebäude Empfangsfeierlichkeiten zu Ehren der vielen Zehntausende republikanischer Kameraden machte, die heute und morgen in die geliebten Reihen für des Volkes Freiheit und Befreiung unter den Farben Schwarz-Rot-Gold demonstrieren werden. Immer weiter schritten die Arbeiter auf den Geraden, immer mächtiger schlangen sich die breiten Tannenzweigeirlanden, und in den Abendstunden stand das Ganze festig und imposant da. Vom dritten Stock der breiten Straßentransparenzen schwebte riesige Ziergirlanden von immergrünem Tannenzweigen bis hinab zur Erde. In der Mitte der Hausfront sind zwei gewaltige Transparente platziert. Aus vielen Duzend kleinster roter elektrischer Birnen wuchert ein markanter Bekenntnisnetz mahnend in die Volksmassen: Hoch die Verfassung — Die Zukunft wacht, heißt es auf dem einen, Hoch die Republik! Reicht unsre Macht! auf dem zweiten Transparent. Heute abend wird dieser Vers, dieser kategorische Imperativ republikanischer Aktivität, zum ersten Male erglänzen, stilles Gedächtnis den Wärtzern der Freiheit, die für die große Sache ihr Leben liehen, Gruß den Lebenden, den mitschaffenden, den kampfbereiten Freunden.

Republikaner, laßt Euch nicht provozieren!

Was deutet darauf hin, daß hegerische nationalistische Elemente, die ja keine Gelegenheit, Spießel zu inszenieren, ungenutzt verstreichen lassen, auch anfänglich der Verfassungsfeier der Berliner Republikaner provozieren und Unruhe erregen wollen. Heute morgen waren auf dem Potsdamer Platz auf den Rasenbeeten zwischen den Fahrdämmen, Gruppen von Reichsbannerleuten versammelt, die ihre stündlich in Sonderzügen eintreffenden Kameraden in Empfang nehmen und in Quartier geleiten. In diese Gruppen Republikaner kamen gegen 11 Uhr zwei Hakenkreuzler, die auf einem übermäßig großen Pappkarton ihre kindlichen Hehlblätter zur Schau stellten und begannen, zu „verloren“. „Der Sumpfi der Judenrepublik“, „Der Verrat der Novemberverdreher“, das ist so ungefähr die Droffe, unter der diese Art Presse leidet. Hitlers pathologisch hegerischer „Völkischer Beobachter“, „Der Sturm“, Dinters „Nationalsozialist“, — eine feine Kampanz. Oben prangen zwei Hakenkreuzfahnen, die Wahrzeichen des politischen Reuehemards. Die Absicht der völkischen Kolportage ist ganz offenbar, Republikaner, laßt Euch von den nationalistischen Kommissaren zu Unbesonnenheiten hinreißen. Laßt die armenigen Gesellen stänken und bedenkt, daß dies alles nur der Ausfluß ohnmächtigster Wut über Euren grandiosen Aufmarsch ist!

Röllendorffstraße bemühte sich der dort diensthabende Kommissar mit seinen Beamten vergeblich, den Zug für die Durchfahrt von Fahrzeugen zu unterbrechen. Der Führer eines Polizeikraftwagens durchfuhr daher unter Abgabe von Warnungszeichen an dieser Stelle den Zug und ermöglichte so die Durchfahrt der dort wartenden Fahrzeuge. Der Befehl, die Karabiner zu entladen, ist nicht gegeben worden; auch wurde kein Gebrauch von Gummiknüppel gemacht. In der Frankfurter Allee, Ecke Friedrich-Karl-Straße, wurde der 21jährige Buchbinder Weiland auf dem Bürgersteig festgenommen, weil er zwei im Dienst befindlichen Postbeamten die Dienstmütze vom Kopf geschlagen hatte. Weiland widersetzte sich der Festnahme, und die beiden einschreitenden Beamten wurden von einer großen Menschenmenge bedroht, wobei ein Beamter zur Abwehr die Pistole zog, die er aber sofort wieder einsteckte, da im gleichen Moment der Reitermeister mit fünf Beamten zu Hilfe kam. Die übrigen Beamten haben ihre Pistolen nicht gezogen. Vor dem Eingang des Friedhofes waren keine Polizeibeamten aufgestellt. Etwa 100 Meter abwärts stand gedekt ein Kommando von einem Polizeioffizier und 15 Mannen. Dieses Kommando ist nicht in Tätigkeit getreten. In einer Nebenstraße standen außerdem noch 3 Lastkraftwagen. Maßnahmen sind selbstverständlich nicht mitgenommen worden. Bei all ihren vorübergehenden Maßnahmen, die die Polizei zu treffen gezwungen war, wurde auf den Charakter der Trauerfeierlichkeit besondere Rücksicht genommen.

Ein Fall von Schwarzen Pocken in Berlin.

Ein tödlich verlaufener Fall von schwarzen Pocken hat bei den Bewohnern des Hauses Huttenstr. 25 in Charlottenburg zu übertriebenen Besorgungen Anlaß gegeben. Wir erfahren hierzu folgendes: Zu Anfang der Woche erkrankte der fünf Jahre alte alte Sohn des Schlossers Krüger mit podenartigen Begleiterscheinungen. Ein sofort hinzugezogener Arzt stellte schwarze Pocken fest und verordnete die sofortige Ueberführung in das Birchow-Krankenhaus. Die Diagnose des Arztes fand hier ihre Bestätigung. Bereits am Donnerstag starb das Kind. Dem Gesundheitsamt wurden sofort alle nötigen Schritte unternommen, um eine Weiterverbreitung der Seuche im Reime zu ersticken. Die Eheleute sowie die beiden Geschwister wurden im Birchow-Krankenhaus unter Quarantäne gestellt und werden dort bis zur restlosen Aufklärung des Falles verweilen müssen. Die Wohnung ist desinfiziert worden, ebenso wurden Wäagen und Betten von der Städtischen Desinfektionsanstalt abgeholt. Den Bewohnern des Hauses Huttenstraße 25 wurde gestern von der Polizei empfohlen, sich zur kostenlosen Schutzimpfung zum Krankenhaus zu begeben. Einige haben dieser Aufforderung Folge geleistet, andere werden sich gleichfalls auf den Weg machen, um sich der Schutzimpfung zu unterziehen. Die 2. Etagen Eheleute haben in der Nähe der Siemensstadt ein Stück Landbesitz, wo sie in der warmen Jahreszeit ständig wohnen. Dort ist auch das Kind erkrankt, so daß für die Bewohner des Hauses Huttenstraße kaum eine direkte Gefahr bestehen dürfte. Jeglichen Grund zur Beunruhigung liegt zurzeit nicht vor. Nach der anderen Seite hin werden eifrig Nachforschungen nach dem Seuchenherd angestellt.

Schwerer Autounfall in Schöneberg.

Heute normittag zwischen neun und zehn Uhr ereignete sich in der Hauptstraße in Schöneberg ein schwerer Unglücksfall. An der Ecke der Sponholzstraße hatten zwei Unreife gehilfen mit ihrem Handwagen gehalten, als plötzlich ein schwerer Lastkraftwagen der Handwagen anstieß und die beiden Leute überfuhr. So daß der eine sofort tot war und der andere in hoffnungslosem Zustande ins Schöneberger Krankenhaus transportiert werden mußte.

Falsche Kassenzettel im Warenhaus! Bei Berkeim am Leipziger Platz wurde kürzlich das Auftauchen gefälschter und gestempelter Kassenzettel entdeckt. Die Beobachtungen ergaben, daß zwei Häuser es verstanden hatten, auf diese Weise Ware ohne Bezahlung zu bekommen. Die Täter, ein Schlosser Albert Breuß und ein Kaufmann Wilhelm Rüd, erhielten wegen Missbrauch falscher Kassenzettel eine Strafe von 6 und 4 Monaten Gefängnis.

